



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Preußen und Frankreich.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Preußen und Frankreich.

Die drohende Wetterwolke eines Conflictes mit Frankreich hat sich ebenso rasch verzogen, als sie aufgestiegen war, die officiösen Zeitungen versichern uns, daß die Beziehungen beider Staaten nie aufgehört haben, befriedigender Natur zu sein; indeß wenn auch der Kaiser seine Weisheit aufs neue darin gezeigt hat, daß er nicht um eines geringen und unsichern Gewinnes willen einen großen und möglicherweise ihm verhängnißvollen Kampf hat aufnehmen wollen, so herrscht doch unleugbar in officiellen wie nichtofficiellen Kreisen eine große Gereiztheit über die unerwarteten ungeheuren Erfolge Preußens, und es fragt sich, ob Napoleon, zumal bei dem Zusammenbrechen des mexicanischen Kaiserthums, auf die Länge dem Chauvinismus widerstehen kann, welcher in jeder Vergrößerung oder Consolidirung eines Nachbarn einen triftigen Grund für eigene Machterweiterung sieht. Es wird deshalb nicht ohne Interesse sein, einen Blick auf das Verhältniß beider Staaten zu werfen, wie es sich in den letzten Jahren gestaltet hat.

Napoleon widerstand der Aufforderung Englands, in der schleswig-holsteinischen Frage gegen Deutschland zu interveniren, theils aus Raacune über die unhöfliche Ablehnung des vorgeschlagenen Congresses, theils weil sein klarer Blick sehr wohl erkannte, daß ein deshalb begonnener Krieg sofort in Deutschland einen nationalen Charakter annehmen müsse. Drouin de Lhuys wies daher die Aufforderung Lord Cowleys zu einer bewaffneten Intervention entschieden ab, weil es sich dabei für Frankreich nicht wie für England um eine bloße Blokade deutscher Küsten handeln würde, sondern um einen großen Krieg zu Land, welcher für Frankreich höchst verderblich werden könne. Die Absicht des Kaisers war, wie dies auf der londoner Conferenz offen hervortrat, eine Theilung Schlesiens nach der Nationalität und die Constituirung des südlichen Theiles mit Holstein als eines selbständigen Staates unter der augustenburgischen Dynastie. Die Hartnäckigkeit der Dänen vereitelte einen solchen Compromiß und der wiener Friede nahm ihnen ganz Schleswig. Die französische Diplomatie verhehlte ihre Mißbilligung dieser Verletzung des Nationalitätsprinzips nicht aber enthielt sich jedes officiellen Einschreitens, weil sie glaubte, bei der Auseinandersetzung der beiden Mitbesitzer der Herzogthümer genügende Gelegenheit zu finden, ihre Forderungen geltend zu machen, sie schwieg auch, als in Berlin die Absicht, die Herzogthümer Preußen einzuverleiben, immer offener hervortrat und ward erst besorgt, als sich die Möglichkeit zeigte, daß Oestreich, um Preußen für ein Bündniß gegen die Revolution zu gewinnen, auf seinen Mitbesitz ver-

zichten könne. Deshalb die Depesche Drouin de Lhuys über den gassteiner Vertrag, welche in den stärksten Ausdrücken den Mißbrauch des „droit du plus fort“ tadelte.

Daß diese Besorgniß nicht ganz unbegründet war, daß in Salzburg wirklich von einem solchen Bündniß gegen die Revolution und Uebergabe der Herzogthümer an Preußen die Rede gewesen, das zeigte nicht nur das unmittelbar darauf folgende Vorgehen gegen Frankfurt, sondern ward auch durch die Depesche des Grafen Bismarck nach Wien vom 26. Januar 1866 bewiesen, welche Oestreich seine Versprechungen vom vorigen Herbst vorhielt; selbst General Gablenz glaubte, als er nach Holstein ging, daß sein Regiment dort nur von kurzer Dauer sein und mit der Abtretung des Mitbesitzes an Preußen enden werde. Indesß am wiener Hofe machte sich bald eine andere Strömung geltend, man weigerte sich, weiter gegen Frankfurt vorzugehen und ließ der antiannegnistischen Bewegung in Holstein freieren Lauf; Graf Bismarck erließ am 26. Januar seine drohende Depesche nach Wien und erklärte, als die Forderungen derselben dort eine kühle Ablehnung erfuhren, die Allianz mit Oestreich als beendet, er sah, daß Oestreich gutwillig die Herzogthümer nicht ohne eine für Preußen unmögliche Compensation aufgeben werde und bereitete sich auf den Krieg vor. Wir haben hier nicht die Chancen der Verhandlungen über Rüstung, Abrüstung und Congreß zu verfolgen, in denen das wiener Cabinet eine so unglaubliche Verblendung bewies, daß es schließlich, trotz des Widerwillens König Wilhelms, zur Entscheidung durch die Waffen kommen mußte, wir haben nur die Stellung zu betrachten, welche Frankreich zu dieser neuen Constellation nahm. Der Kaiser Napoleon sah die steigende Entfremdung der beiden deutschen Großmächte nicht ohne Befriedigung, seine Ansicht war die, daß die beiden deutschen Staaten sich gegenseitig möglichst aufreiben sollten, damit er dann als mächtiger Vermittler dazwischen treten könne und den Frieden dictiren; sein persönliches Interesse wurde außerdem durch das Hinzutreten Italiens in den Streit gefesselt, er wollte sein Programm „frei bis zur Adria“ verwirklicht sehen, ohne darum einen zweiten Krieg zu führen. Hätte Oestreich seiner Aufforderung Gehör gegeben, Venetien freiwillig gegen eine starke Geldentschädigung abzutreten, so waren Graf Bismarcks Pläne vorläufig gescheitert. Indesß die Verbitterung der wiener Hofburg gegen Italien war zu groß, als daß derartige Rathschläge Metternichs hätten Gehör finden können und die Allianz des berliner und florentiner Cabinets ward eine Thatsache; erst unmittelbar vor dem Ausbruch des Krieges erklärte der österreichische Botschafter in Paris, falls Oestreich siegreich aus dem Kampfe hervorgehe und eine genügende Compensation von Preußen erhalte, werde es bereit sein, Venetien zur Disposition des Kaisers der Franzosen zu stellen.

Ein derartiger Ausgang des Conflictes aber ward in militärischen wie in

diplomatischen Kreisen Frankreichs als sehr wahrscheinlich betrachtet, man glaubte, beide Armeen würden sich höchstens das Gleichgewicht halten, die Chancen für einen Sieg des kriegsgeübten österreichischen Heeres seien aber überwiegend. Die unerhörten Erfolge des preussischen Volkes in Waffen warfen diese Berechnung unsanft über den Haufen, man war in Wien über den Sieg von Königgrätz kaum mehr consternirt als in Paris. An demselben Tage, der die Nordarmee vernichtete, vollzog sich telegraphisch die Abtretung Venetiens an Frankreich, die Absicht Oesterreichs war dabei nur die, einen Separatfrieden mit Italien zu machen, um die Südmarmee zur Verstärkung heranziehen zu können. Aber dieser Plan scheiterte, Nicasoli erklärte, das Bündniß mit Preußen gestatte dem König Victor Emanuel keinen Separatfrieden, der Kaiser Napoleon mußte sich also entschließen, eine Vermittelung des Friedens mit beiden Gegnern Oesterreichs zu versuchen. Preußen nahm diese Vermittelung im Princip an, als Basis derselben forderte es außer den Herzogthümern die damals eroberten Länder Hannover, Sachsen und Kurhessen, sowie den Ausschluß Oesterreichs aus Deutschland Kaiser Napoleon bedachte sich länger, ehe er hierauf antwortete und befahl inzwischen seinem Botschafter in Berlin, sich zur persönlichen Verhandlung ins Hauptquartier zu begeben, um zunächst eine kurze Waffenruhe zu vermitteln. Der erste Versuch dazu, welcher durch den Botschaftssecretär Herrn Lesèbre de Béhaine gemacht ward, scheiterte, nachdem er mit Mühe beim König von Preußen durchgesetzt war, an der Hartnäckigkeit in Wien. Inzwischen war Prinz Reuß mit der Antwort des Kaisers zurückgekehrt. Derselbe hatte sich nach längerer Zögerung entschlossen, einen Punkt seines Programms aufzugeben und gab seine Zustimmung zur Ausschließung Oesterreichs aus Deutschland, sowie zur Constituirung des norddeutschen Bundes. (Baron Beust, der dem Fürsten Metternich als Succurs gesandt ward, um dies zu hindern, kam einen Tag zu spät an.) Der Kaiser hatte aber die directen Erwerbungen Preußens auf die Herzogthümer beschränkt, die Südstaaten sollten als unabhängiger internationaler Bund constituirt werden. Graf Bismarck erklärte diese Basis für unannehmbar, und setzte Herrn Benedetti auseinander, daß, um Preußen die vom Kaiser selbst befürwortete größere Homogenität zu geben, es unabwieslich sei, die beiden Theile der Monarchie territorial zu verbinden. Frankreich gab hierin nach, es ward keine Cession bestimmt namhaft gemacht. Doch waren Kurhessen und Göttingen in Aussicht genommen, dagegen mußte Preußen sich verpflichten, die Integrität Sachsens nicht anzutasten, welches übrigens in den Nordbund treten sollte, sowie die Mainlinie mit diesem Bunde nicht zu überschreiten. Gegen letzteres erhob Graf Bismarck keine Schwierigkeiten, die Mainlinie war vielmehr immer seine Idee gewesen, wie sich dies ja noch in seinem Reformplan vom 10. Juni zeigt, zur Respectirung Sachsens dagegen verstand er sich nur nach langem Kampfe, erhob dagegen, wie verlautet, Ansprüche auf Oesterreichisch

Schlesien. Mit dieser Basis reiste Herr Benedetti nach Wien und erreichte dort eine fünftägige Waffenruhe und Annahme der vorgeschlagenen Ausgangspunkte. Hiermit endigte die officiële Vermittelung Frankreichs und die directen Verhandlungen zwischen Oestreich und Preußen begannen.

Bei dieser Unterhandlung hat Graf Bismarck überlegene Feinheit gezeigt, er hatte von Frankreich nur die Zusage erhalten, daß ein Zusammenhang zwischen den beiden Theilen der Monarchie hergestellt werden solle und nur dies hatte Oestreich acceptirt, er wußte seine Gegner aber so durch hohe Forderungen hinsichtlich der Kriegskosten sowie durch Verlangen von Gebietsabtretungen zu ängstigen, daß dieselben, um nur die Integrität des Kaiserstaats zu wahren, Preußen im Norden einfach freie Hand ließen und sich bereit erklärten, „die von Sr. Majestät dem König von Preußen in Norddeutschland herzustellenden neuen Einrichtungen einschließlich der Territorialveränderungen anzuerkennen.“ Ebenso drang Graf Bismarck lange darauf, daß in dem Artikel 2 der Präliminarien hinsichtlich des südlichen Bundes die französische Clausel gestrichen wurde, wonach jener Verein eine unabhängige und internationale Existenz haben sollte, dadurch trat aber der Folgesatz um so schärfer hervor, daß die nationale Verbindung des Südbundes mit dem Nordbunde näherer Verständigung vorbehalten bleibe. Von diesen neuen Concessionen erfuhr der Vertreter Frankreichs erst als Oestreich sie gemacht und war begreiflich ebenso verdrießlich über die Nachgiebigkeit des Grafen Karolyi, als erbittert über die Politik des preußischen Ministerpräsidenten, der auf die Weise freie Bahn für die Annexion der nördlichen Gebiete gewonnen hatte. Als nun diese vollständige Einverleibung sich bald nach der Rückkehr des Königs in die Hauptstadt deutlich ankündigte und außerdem den südlichen Staaten harte Friedensbedingungen gestellt wurden, als demzufolge das Mißvergnügen in Frankreich sich stark geltend machte, hielt Napoleon es doch für nöthig zu versuchen, ob sich nicht auch etwas für die Befriedigung des französischen Nationalhungers erreichen lasse und Benedetti ward beauftragt bemerklich zu machen, daß bei solchem Machtzuwachs Preußens eine Gebietscompensation für Frankreich angezeigt sein möchte; als wünschenswerth wurden die Grenzen von 1814 bezeichnet, welche also den Verlust von Saarlouis, Saarbrücken, Landau und Germersheim für Deutschland nach sich gezogen hätten. Dieser Schritt sollte ein ganz vertraulicher Fühler sein und streng geheim gehalten werden, man hoffte vielleicht auf Erfolg, weil man wußte, daß Graf Bismarck persönlich in früherer Zeit einer Grenzberichtigung nicht abgeneigt war, er hatte, wie man annahm, eine solche schon 1861 dem König in Baden vorgeschlagen, als Minister hatte er oft genug davon gesprochen, sich mit Frankreich am Rhein zu verständigen, noch in Nikolsburg soll er auf ähnliche Aussichten gedeutet haben, um Benedetti zu gewinnen. Aber jeder Nachgiebigkeit nach dieser Richtung stand das unüberwindliche Widerstreben des

Königs gegenüber, der sich an sein Wort hielt, kein Zoll deutschen Bodens solle unter ihm verloren gehen. Doch nicht allein dies machte es dem Ministerpräsidenten unmöglich auf das französische Ansuchen einzugehen, er fühlte, daß es außer aller Frage war, im Augenblick des stolzesten Sieges ohne übermächtigen Zwang deutsches Gebiet zu verschenken, und er antwortete deshalb dem Botschafter, er würde es nur bedauern können, wenn Frankreich ernstlich eine solche Forderung stelle, da er dieselbe dann unbedingt zurückweisen müsse. Diese Erklärung ward mit solcher Entschiedenheit gegeben, daß Herr Benedetti an ihrem Ernst nicht zweifeln konnte, außerdem schnitt sich Graf Bismarck jedes Eingehen auf die französische Idee damit ab, daß er den Schritt des Botschafters bekannt werden ließ,\*) worauf sich, wie vorauszusehen, die gesammte Presse und öffentliche Meinung für eine kategorische Abfertigung, selbst wenn diese zum Kriege führen sollte, aussprach. Herr Benedetti ging hierauf nach Paris, um seinem Gebieter die Situation darzulegen, gutwillig werde Preußen nichts abtreten, wolle man auf dem Verlangen einer Grenzberichtigung bestehen, so müsse man sich auch bereit halten sie mit bewaffneter Hand durchzuführen, wolle man das nicht, so möge man sich nicht weiter avanciren und nicht die guten Beziehungen zu Preußen unnöthig stören. Krieg zu führen aber war der Kaiser keineswegs bereit, einmal war er augenblicklich so leidend, daß er an eine Theilnahme am Feldzuge nicht denken konnte, andrerseits hätte auch die Armee kaum in zwei Monaten schlagfertig sein können, er entschloß sich also zurückzugehen, erklärte dem Grafen Solz, das Ganze sei ein Mißverständnis, er habe niemals positive Forderungen aufgestellt und werde nicht um eines so unbedeutenden Gebietserwerbes das freundschaftliche Vernehmen mit Deutschland opfern. Dem entsprach denn auch der Ton, den die officiöse Presse anschlug, Graf Bismarck

\*) Die Redaction fügt zu dieser Darstellung eine ergänzende Note. Während Herr v. Benedetti mit dem Grafen Bismarck die erwähnten vertraulichen Pourparlers hatte, griff Drouin de Lhuys durch eine Note direct in die Verhandlungen ein, und diese formelle Behandlung der Frage, offenbar eine Inconvenienz, scheint die Entschiedenheit der Antwort gesteigert und die Erwähnung der Verhandlungen in officiösen preussischen Blättern veranlaßt zu haben, denn mit Recht durfte man preussischerseits jetzt annehmen, daß Frankreich selbst von dem Wege vertraulicher Mittheilung abgewichen sei. Der Sturm in der deutschen Presse veranlaßte ein Schreiben des Kaisers an Lavalette, worin derselbe diesem und Herrn Drouin de Lhuys den Auftrag gab, durch die französische Presse den Gerüchten einer Vergrößerungssucht Frankreichs entgegenzutreten, denn wichtiger, als eine wenig in das Gewicht fallende Gebietsvergrößerung, sei für Frankreich das gute Einvernehmen mit dem Nachbarlande, welches eine freundliche Einwirkung auf die deutschen Verhältnisse möglich mache.

Die interimistische Uebertragung der auswärtigen Geschäfte an Lavalette, welche jetzt gemeldet wird, darf man als eine weitere Concession an Preußen betrachten, und als einen Beweis, daß es der Klugheit des Kaisers vorläufig damit Ernst ist, Frieden zu halten. Andrerseits darf man als eine Gegenconcession Preußens an den Kaiser die rücksichtsvolle Weise betrachten, in welcher Graf Bismarck den Frieden mit Bayern und Württemberg abgeschlossen hat, und daß er in Artikel IV des Friedensvertrages mit Oestreich doch noch die Concession aufnahm, daß ein Verein der deutschen Südstaaten „eine internationale unabhängige Existenz“ haben solle.

zeigte sich dagegen seinerseits nachgiebiger gegen die Südstaaten, namentlich Bayern.

Indeß darf man sich nicht der Illusion hingeben, als ob die Frage für immer beseitigt sei. Der Kaiser persönlich täuscht sich allerdings nicht über die Gefahren eines Krieges mit Preußen, er weiß, daß derselbe unfehlbar einen national deutschen Charakter annehmen müßte und daß keine süddeutsche Regierung sich der Theilnahme entziehen könnte, er sieht sehr wohl, daß es wesentlich die orleanistische und republikanische Partei ist, welche gegen Preußen hegt, weil sie hofft bei dem Kriege könne eventuell das Kaiserthum gestürzt werden, aber es fragt sich, wie lange er der Strömung des nationalen Eroberungstriebes widerstehen kann. Nicht bloß in der Presse, namentlich auch in der Armee herrscht brennende Eifersucht auf die preußischen Erfolge, man kann sich nicht verhehlen, daß die Siege von Salsitz und Königsgrätz ganz anders zermalmender Natur waren als die von Magenta und Solferino; die französische Armée, die Hauptstütze des Kaiserthums, brennt darauf, sich mit den Preußen zu messen. Sehr ins Gewicht fällt ferner der bevorstehende Zusammensturz der mexikanischen Unternehmung, alle düstern Voraussagen der parlamentarischen Opposition werden gerechtfertigt werden, Frankreich hat hunderte von Millionen und viel kostbares Blut verschwendet und wird schließlich noch die Zinsen der mexikanischen Anlehen garantiren müssen. Das ist Wasser auf die Mühle von Thiers und Genossen, die Sitzung des Corps législatif dürfte stürmisch werden und es fragt sich daher, ob nicht Napoleon einen Ableiter nach außen zu suchen genöthigt sein wird. Der Vorwand dafür wird leicht gefunden, da es klar ist, daß Preußen nicht lange am Main wird stehen bleiben können und das Verhältniß zu Sachsen noch eine Quelle von Schwierigkeiten bietet. Inzwischen ist der Winter für uns gewonnen und wenn Napoleon ihn benutzen will, den Kampf planvoll vorzubereiten, wenn er namentlich auf die Allianz Oesterreichs hofft, so haben wir Zeit die neue militärische Organisation Deutschlands zu vollenden. Die erworbenen Provinzen nebst den Bundesgenossen werden gering gerechnet 120,000 Mann liefern, dazu dürfte der Süden ein fast ebenso starkes Contingent stellen, es würden also, die bisherige preußische Armee zu 600,000 Mann gerechnet, 840,000 Mann disponibel sein. Hoffen wir, daß wir vor der Nothwendigkeit eines Krieges mit Frankreich bewahrt bleiben, der immerhin eine ernste Sache bleibt und dem Vaterlande schwere Wunden schlagen würde; kann es aber nicht anders sein, so würde, wir sind dessen gewiß, auch eine solche Blut- und Feuertaufe nur dazu dienen, unser Volk rascher zur völligen Einheit zu bringen.